



## Neuwahl: Ärzteversorgung

Am 1. April 2006 fand die konstituierende Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Ärzteversorgung statt: Zum Landesausschussvorsitzenden gewählt wurde *Dr. Hellmut Koch*, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer. *Michael Schwarz*, Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer, ist sein 1. Stellvertreter und *Dr. Karl Eckart*, Tierarzt, der 2. Stellvertreter.

Aus seiner Mitte wählte der Landesausschuss folgende Mitglieder in den Verwaltungsausschuss: Vertreter der Zahnärzte sind *Dr. Michael Förster* und *Dr. Günter Schneider*. Als deren Stellvertreter wurden *Dr. Florian Kinner* und *Dr. Klaus Lindhorst* gewählt. Als Vertreter der bayerischen Ärzte kamen *Dr. Joachim Calles*, *Prof. Dr. Detlef Kunze* und *Dr. Lothar Wittek* ins Amt. Weitere Mitglieder im Landesausschuss sind Vertreter der Pfälzer Ärzte und der Tierärzte. Als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses wurde *Dr. Lothar Wittek* gewählt, dessen 1. Stellvertreter ist *Dr. Michael Förster* und 2. Stellvertreter ist *Prof. Dr. Theodor Mantel*.

ik

## Ja zu Versorgungswerken

Die Bayerische Staatsregierung stehe zu den berufsständischen Versorgungswerken als eigenständiges System in der Gesetzgebungskompetenz der Länder, erklärte der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, *Georg Schmid*. Schmid sprach anlässlich der Verabschiedung des langjährigen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Versorgungskammer und Leiters der Bayerischen Ärzteversorgung, *Dieter Teichmann*, und der Amtseinführung von *Reinhard Dehlinger*, der zum 1. Mai 2006 die Nachfolge von Teichmann als Leiter der Bayerischen Ärzteversorgung angetreten hat.

Schmid erklärte, er könne für die Bayerische Staatsregierung mit Genugtuung feststellen, dass das berufsständische Versorgungswesen sich über die Zeit als eigenständiges System auf landesgesetzlicher Grundlage bewährt habe. Die berufsständische Versorgung sei als System intakt und komme ohne jeden Staatszuschuss aus. Sie sei ein Beispiel für

praktizierte Solidarität, die Berufsstände helfen sich selbst und erwarteten, so Schmid, vom Staat nur, dass der rechtliche Rahmen zuverlässig und berechenbar zur Verfügung gestellt werde.

ik/ABV

## PKV erhalten

Immer wieder wird in der Diskussion um die Gesundheitsreform deren Abschaffung ins Gespräch gebracht. Insgesamt elf Verbände, darunter – neben dem Verband der privaten Krankenversicherungen – die Bundesorganisationen von Ärzten und Zahnärzten, der Bundesverband der Freien Berufe und der Deutsche Beamtenbund, haben sich jüngst in einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin *Angela Merkel* gewandt.

Sie sprechen sich in der gemeinsamen Erklärung unter dem Titel „Die PKV ist für eine gute Versorgung in Deutschland, die allen Bürgern zugute kommt, unverzichtbar“ für den Erhalt der Privaten Krankenversicherung aus. Eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen und ein Erhalt des bedeutenden Gesundheitsstandorts Deutschland sei nur möglich, wenn Gesetzliche und Private Krankenversicherung sich wie bisher ihre Aufgaben teilen. Wörtlich heißt es in der Erklärung, „dass für diese Ziele der Erhalt der Privaten Krankenversicherung unverzichtbar“ sei und dass „eine Schwächung der PKV unserem Gesundheitswesen massiven Schaden zufügen würde“. Der „mittlere Weg“ zwischen einem ausschließlich staatlichen und einem rein privat-/marktwirtschaftlichen System sei ideal.

Eine offene oder verdeckte Schwächung der PKV löse kein Problem der gesetzlich Krankenversicherten, sie „würde lediglich von der Notwendigkeit der grundlegenden Reform der GKV ablenken“.

ik

## Jobmaschine Zahnarztpraxis

Die Beschäftigtenzahlen in den Zahnarztpraxen steigen kontinuierlich, trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation. Nach Angaben der Kassenzahnärztlichen Bundesverei-



nigung (KZBV) waren Ende 2004 in Deutschland knapp 56.000 Zahnärzte mit Kassenzulassung tätig, die insgesamt 226.000 Arbeitnehmer beschäftigten. Im Jahr 1998 wurden noch 210.000 gezählt. Der zahnmedizinische Sektor weist damit ein kontinuierliches Job-Wachstum aus. Besonders hervorzuheben ist laut KZBV, dass die Auszubildendenrate mit 13,5 Prozent der Beschäftigten weit über dem Durchschnitt liegt. Zudem gebe es etwa 100.000 weitere Arbeitsplätze, vor allem bei zahntechnischen Laboren und in der Dentalindustrie, die von den Zahnarztpraxen mittelbar abhingen.

ik/KZBV

.....

### EU startet Online-Portal

Einfache, klare und wissenschaftlich solide Gesundheitsinformationen aus dem Internet will das neu von der EU-Kommission gestartete Gesundheitsportal für EU-Bürger, Gesundheitsexperten und Wissenschaftler gleichermaßen im Internet zugänglich machen. Die EU-Kommission unterstützt das Projekt mit 600.000 Euro.

Das in 20 Sprachen verfügbare Webangebot bietet über 40.000 Links zu Themen wie Gesundheit, Lebensstil, Umgebung, Pflege sowie Gesundheit in der EU. Die Inhalte werden von einem eigenen Redaktionsausschuss beaufsichtigt. Internetadresse des Portals: <http://health.europa.eu>.

ik/zm-online

.....

### GMG: Ziel verfehlt

Das Institut für Gesundheits-System-Forschung Kiel (IGSF) in Kiel hat in Berlin die Studie unter dem Titel „Das GKV-Modernisierungsgesetz – GMG und seine Auswirkungen. Eine kritische Analyse“ vorgestellt. Die Analyse vorliegender Daten, Informationen und Meinungsäußerungen zum GKV-Modernisierungsgesetz ließe eher ein Nichterreichen der im GMG selbst gesteckten Ziele erkennen. Insbesondere der Abbau von Bürokratie sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden nicht erreicht, sondern das Gegenteil, so der Kommentar zu den Studienergebnissen von Prof. Fritz Beske, Direktor des IGSF. Es wäre nach seiner Auf-

fassung fahrlässig, das GMG ohne eine wissenschaftliche Analyse als Basis für die neue Gesundheitsreform zu nutzen. Beske fordert eine genaue Untersuchung der Auswirkungen des Gesetzes etwa mit Kosten-Nutzen-Analysen und dem Vergleich zwischen neu eingeführten und bestehenden Versorgungsstrukturen. Die Untersuchungen sollten von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten durchgeführt werden.

Die Studie kann gegen eine Schutzgebühr von 10 Euro zzgl. Versandkosten bestellt werden bei: IGSF Kiel, Weimarer Straße 8, 24106 Kiel, Telefon: (0431) 800 60-0, Fax: (0431) 800 60-11, E-Mail: [info@igsf-stiftung.de](mailto:info@igsf-stiftung.de).

ik/IGSF

.....

### Bevölkerung reformfreudig

82 Prozent der Bevölkerung sind für grundlegende Reformen, wobei ebenso viele die sozialen Sicherungssysteme als sehr wichtig für den sozialen Frieden ansehen. So eine Untersuchung des Bielefelder Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid, das im Auftrag des Verbands forschender Arzneimittelhersteller (VFA) 1.000 Personen befragt hatte. Die hohe Reformbereitschaft der Bevölkerung macht auch vor der eigenen Person nicht halt: 65 Prozent der Befragten gaben an, dass sie auch persönliche Einschränkungen in Kauf nehmen würden. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Befragten empfindet das gegenwärtige Reformtempo als zu langsam. Oberste Reformpriorität wird beim Arbeitsmarkt gesehen – das gaben 78 Prozent an. Doch gerade hier erwarten nur 19 Prozent, dass die Bundesregierung zum Ende der Legislaturperiode etwas zum Guten bewegen kann.

Allgemein betrachtet ist die Reformkompetenz der Großen Koalition aus Sicht der Bevölkerung nicht sonderlich ausgeprägt, so der Kommentar von TNS Emnid. In Bezug auf die Gesundheitspolitik fordert die Bevölkerung nach den Studien-Angaben „mehrheitlich: mehr Eigenverantwortung (81 Prozent), Wettbewerb (72 Prozent), Solidarität (85 Prozent), Innovation (87 Prozent) und Qualität (89 Prozent)“. 57 Prozent sind gegen mehr staatlichen Einfluss.

ik/VFA